

Antwort an das Land Bremen zu seiner Initiative *Bremen tut was*

## Teilhabe praktizieren, um Ausgrenzung zu verhindern.

Dialog - Respekt - Vergebung

Runder Tisch Sexarbeit Bremen Nr. 5

Bezug

<http://www.bremen.de/bremen-tut-was>  
[http://sexarbeits-kongress.de/wp-content/uploads/2014/10/Gru%C3%9Fwort\\_Dt.Frauenrat.pdf](http://sexarbeits-kongress.de/wp-content/uploads/2014/10/Gru%C3%9Fwort_Dt.Frauenrat.pdf)  
<http://sexarbeits-kongress.de/wp-content/uploads/2014/06/Liad-1.Tag-Sexarbeits-Kongress.pdf>  
[http://www.deutschlandradiokultur.de/prostitution-die-spur-der-40-000.976.de.html?dram:article\\_id=296569](http://www.deutschlandradiokultur.de/prostitution-die-spur-der-40-000.976.de.html?dram:article_id=296569)  
[http://www.weser-kurier.de/bremen/politik2\\_artikel.-Problem-Zwangsprostitution-\\_arid.719410.html](http://www.weser-kurier.de/bremen/politik2_artikel.-Problem-Zwangsprostitution-_arid.719410.html)  
<http://www.sexworker.at/phpBB2/viewtopic.php?p=140910>

Die aktuelle Diskussion um Toleranz, Respekt und Achtung, in die sich auch die Initiative *Bremen tut was* einordnet, ist eine Reaktion auf die Schrecken, die von den Pariser Terroranschlägen und von den straßenfähig gewordenen, zumindest in Teilen neofaschistischen Bewegungen wie Pe-Gi-Da etc. ausgehen. Leider wird in der aktuellen Diskussion der Tatsache traktierter Abwertung, rassistischer Verfolgung und rechtsterroristischer Morde an islamisch orientierten oder aus islamisch geprägten Herkunftsländern stammender Menschen zu wenig Beachtung geschenkt. Diese Menschen und ihre Gemeinschaften müssen um Vergebung gebeten werden, bevor der Dialog mit ihnen beginnen kann. Sie sind keine Täter sondern Betroffene. Der neue Dialog, der von den VerantwortungsträgerInnen des Aufrufes *Bremen tut was* angestrebt wird, sollte darüber hinaus den Blick nicht auf eine spezielle Gruppe ausgegrenzter Menschen verengen. Dialog - Respekt - Vergebung sind Schlüssel, um allen Menschen, die von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, betroffen sind, gerecht zu werden, insbesondere wenn diesen Menschen amtliche Abwertung widerfährt. Am Beispiel auch Bremer Sexarbeiterinnen wird an dieser Stelle auf amtlichen Bremer Rassismus hingewiesen und vorgeschlagen

### Teilhabe praktizieren, um Ausgrenzung zu verhindern

## Sehr geehrte Damen und Herren,

*Bremen Tut Was - Wir stehen für eine **weltoffene** Stadt. Deshalb kämpfen wir entschieden gegen antisemitische, islamfeindliche und fremdenfeindliche Tendenzen und Parolen in unserer Gesellschaft. ... Wir setzen auf ein friedliches Miteinander aller Menschen in unserer Stadt und **bieten deshalb intensiv den Dialog** zwischen allen Kulturen, Religionen und Weltanschauungen an. ... Die Bremerinnen und Bremer kommen aus allen Teilen Deutschlands und der Welt, sie haben **unterschiedliche** Interessen, Weltbilder, Träume, **Lebensplanungen und Vorstellungen vom Leben**, Partnerschaft und Familie, ... Natürlich ist es eine Herausforderung für jede Stadtgesellschaft, eine große Zahl von Flüchtlingen und **Zuwanderern** aufzunehmen.*

So steht es im Aufruf, der auf die Initiative von Herrn Bürgermeister Jens Böhrnsen auf der Internetpräsenz des Landes Bremen zu finden ist.

Dazu drei Anmerkungen:

#### 1. Bitte um Vergebung

Wir würden uns sehr freuen, wenn die Bereitschaft zum Dialog allen marginalisierten, gesellschaftlich randständigen, durch Armut ausgegrenzten, geächteten, rassistisch oder sexistisch abgewerteten Gruppen von Menschen gelten würde. Zu diesen Menschen gehören in Deutschland zweifelsfrei Migrierte, insbesondere Migrierte mit islamischen Glauben bzw. Herkunft aus islamisch geprägten Regionen dieser kleinen Welt.

Wir persönlich sind nicht religiös. Wir meinen zudem, dass Glauben eine Privatangelegenheit ist und Glaube staatliches Handeln nicht beeinflussen darf. Wir treten für die Werte der Aufklärung ein und stehen für eine strikte Trennung von Staat und Kirche/Religion. Ebenso treten wir dafür ein, dass jeder Mensch ein Recht auf Glaubensausübung hat. Er muss durch den Staat vor jeder Art von Verfolgung geschützt werden, die an seinen Glauben gebunden ist. Wir empfinden tiefste Trauer und Entsetzen angesichts des faschistischen Terrors, der von der Mehrheit der Deutschen im Dritten Reich geduldet und vollzogen wurde. Wir empfinden Entsetzen und Trauer Angesichts der Morde der NSU und des Versagens, der Blindheit der Sicherheitsorgane in Sachen Rechten Terrors. Wir entschuldigen uns dafür, dass wir das durch unser Engagement im politischen Gemeinwesen nicht haben verhindern können und bitten die Menschen muslimischen Glaubens um Vergebung. Unsere Unfähigkeit diese Verbrechen zu verhindern, sie angemessen zu verfolgen, aus den unglaublichen Versagen der deutschen Sicherheitsbehörden schnell und konsequent Lehren zu ziehen, ist ein Teil der Saat, die im Terror aufgegangen ist. Die vielfältige Ausgrenzung und Verachtung, mit denen muslimisch geprägten Menschen seit Jahrzehnten in unserem Land begegnet wird, ist ein weiterer Teil dieser Saat. Die bisherige Ignoranz gegenüber sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen zu rassistischen Orientierungen, die bis in die Mitte der Gesellschaft reichen, gegenüber Antiziganismus und anderen Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist ein Dritter Teil dieser Saat. Beschämende Tatsachen - Wir bitten um Vergebung. Und wir plädieren - auch an die Satiriker dieses Landes - respektiert eines Jeden Glauben, vermeidet Spott und Hohn - spart diesen für den politischen Diskurs, richtet ihn nicht gegen den individuellen Glauben.

Und ja, Formen des Dialoges auf Augenhöhe mit den Menschen, die islamischen Glaubens sind oder die aus Regionen dieser kleinen Welt zu uns kamen, die der Islam prägt, sind überfällig. Und Ziel dieses Dialoges muss unter anderem, neben der Bitte um Vergebung wegen der rassistischen Übergriffe und Morde, eine Gleichbehandlung der Religionsgemeinschaften in Deutschland sein, die jeglichen Einfluss dieser Religionsgemeinschaften auf staatliches Handeln ausschließt und Staat und kirchliche Institutionen strikt voneinander trennt. Vor allem muss die Ungleichbehandlung christlicher und anderer Religionen durch den Staat umgehend eingestellt werden, die beim Kirchensteuereinzug für christliche Glaubensgemeinschaften beginnt und bei der Finanzierung christlicher Kindergärten endet, in denen Personal entlassen wird, weil es sich hat scheiden lassen. Eine merkwürdige christlich abendländische Freiheitlichkeit, die das Kopftuch ächtet, das Kreuz in die Schulen bringt und kirchliche Berufsverbote wegen Familienstandsänderungen finanziert.

## **2. Rassismus und unwahre Tatsachenbehauptung im Amt**

Rassismus, so die Ergebnisse der Forschung zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, ist in der Mitte der Gesellschaft quer durch alle politischen Orientierungen und quer durch die sozialen Schichten weit verbreitet (ca 30 %). Rassismus bezieht sich nicht nur auf andere Ethnien. Rassismus wird strukturell als Prozess der abwertenden Identifizierung anderer Gruppen von Menschen bei gleichzeitiger Aufwertung der eigenen Gruppe verstanden. Dieser Prozess ist mit sozialer Ausgrenzung der betroffenen Menschen, mit Schmähungen aber auch mit tätlichen Angriffen auf sie verbunden. Kennzeichen dieses Prozesses sind undifferenzierte Pauschalverurteilungen, abwertende Klischees und verunglimpfende Stereotypisierungen, wie sie aktuell von PeGiDa und HoGeSa durch die Straßen getragen und medial beachtet werden.

Pauschalisierende Verurteilung, abwertende Klischees, verunglimpfende Stereotypisierung, Rassismus sind aber weder im Bund, noch im Land Bremen ein Privileg von Hooligans oder PeGiDa-Vorsitzenden. Grobe Vereinfachungen, unwahre Tatsachenbehauptungen, falsche Verdächtigungen insbesondere gegen Gruppen von Migrierenden, dies gehört zum Alltag der Amtshandlungen von Senat und Behördenleitung zumindest in Bremen.

Spätestens im April 2005 begann in Bremen, unter Federführung der Landesfrauenbeauftragten Frau Ulrike Hauße eine Kampagne, in der die Zahl von 40.000 Zwangsprostituierten, die organisiert zur Fußball WM nach Deutschland geschleust werden würden, von ihr genannt wird (WK v. 09.04.2005, S.2, siehe Anlage zu dieser Mail). Später äussert Frau Hauße gegenüber dem Deutschlandfunk (s.u.), es wäre ihr ein Bedürfnis, das diese Zahl nie genannt worden wäre. Die Kampagne gegen die angebliche Bedrohung durch organisierte Verschleppung von Frauen in den gewerblichen sexuellen Missbrauch (die sogenannte Zwangsprostitution) erhielt erhebliche mediale Aufmerksamkeit, wie der Deutschlandfunk in seinem bemerkenswerten Feature "Die Spur der 40.000" von Janosch Delcker festhielt. Sie war, wenn nicht der Startpunkt, so doch eines der zentralen Medienereignisse, die eine fast panische mediale Reaktion vor angeblich ausufernder organisierter Kriminalität und brutalstem Menschenhandel in die sexuelle Ausbeutung auslöste. Rückblickend betrachtet war die Äusserung von Frau Hauße, die sie im Amt der Frauenbeauftragten des Landes Bremen und als Vorsitzende des Frauenausschusses des Deutschen Städtetages unter Berufung auf das Bundeskriminalamt machte, eine, wie Delcker aufdeckt, unwahre Tatsachenbehauptung. Von dieser unwahren Tatsachenbehauptung ausgehend, entwickelte sich in den Folgejahren ein Bild von Sexarbeit, dass diese regelmäßig mit der Behauptung verband, sie sei von Menschenhandel in die sexuelle Ausbeutung und Gewalt durchdrungen. Der Weser-Kurier hat sich an der Konstruktion dieses Bildes, wie ein Blick in sein Archiv zeigt, massgeblich beteiligt. Bis heute fehlen für dieses gezeichnete Bild Belege. Trotz erheblicher

öffentlicher und behördlich-polizeilicher Aufmerksamkeit in der Zeit bis nach der Fußball WM 2006 konnten keine Tatsachen ermittelt werden, die auf einem Anstieg von Menschenhandel in die sexuelle Ausbeutung hingewiesen hätten. Die Spur der 40.000 löste sich in Luft auf. Eine Verdächtigung, von der Frau Hauße heute meint, es wäre ihr ein Bedürfnis, sie sei nie genannt worden (Interview mit J. Delcker).

Am 25.11.2013 nahmen Frau Hauße und Innensenator Mäurer das Zahlenspiel aber wieder auf. Eine Presseerklärung wurde herausgegeben, eine Pressekonferenz fand statt, und der Weser Kurier berichtete am 26.11.2013 ohne eine kritische Nachfrage vom "Problem Zwangsprostitution":

*Zwangsprostitution wird in Bremen zunehmend zum Problem. Laut Innenbehörde arbeitet der Großteil der Frauen nicht freiwillig. Das Thema bestimmte auch den diesjährigen Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen. Nach Schätzungen der Innenbehörde arbeiten in Bremen rund 600 Prostituierte. „Der überwiegende Teil von ihnen sind Zwangsprostituierte, die ausgebeutet werden“, sagte Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) gestern anlässlich des Internationalen Tags gegen Gewalt an Frauen. Mit der Landesfrauenbeauftragten Ulrike Hauße hatte er das Thema Zwangsprostitution zum Schwerpunkt des Tages gemacht. „Die Frauen wissen zum großen Teil nicht, dass sie für Zwangsprostitution nach Deutschland kommen“, sagte Hauße. Sie gingen davon aus, dass sie hier Geld für eine bessere Zukunft verdienen könnten. „Tatsächlich befinden sie sich aber in einem Gewaltverhältnis zwischen Schleppern und Zuhältern, die mit der Angst der Frauen spielen. ... Rund die Hälfte der 600 Prostituierten komme aus Rumänien und Bulgarien, sagte Mäurer.*

Sowohl die Angabe zum Umfang von Menschenhandel in die sexuelle Ausbeutung, als auch die Verdächtigung, dass dies ein Phänomen sei, dass wesentlich BulgarInnen und RumänInnen zugeschrieben werden müsse, entbehrten ebenso einer validen Grundlage, wie die Rede von den 40.000 Frauen aus dem Jahr 2005. In beiden Fällen handelte es sich um unwahre Tatsachenbehauptung, die von leitenden AmtsträgerInnen in Bremen gegenüber Migrierten mit Nennung deren nationaler Herkunft geäußert wurden und die geeignet waren, diese pauschalisierend abkunftbezogen abzuwerten und zu verdächtigen. Vorgänge die nahe dem Straftatbestand der Volksverhetzung liegen, da sie geeignet waren Menschen einer bestimmten nationalen Herkunft öffentlich herabzuwürdigen und BürgerInnen Furcht vor diesen als kriminell etikettierten Menschen zu vermitteln. Ein amtliches Vorgehen, dass durch keine Sachbeweise gestützt und gegenüber RumänInnen und BulgarInnen insgesamt und insbesondere gegenüber in die Sexarbeit migrierte Menschen dieser Länder ehrenrührig war.

Dieser amtliche Rassismus, beschämt uns. Wir entschuldigen uns dafür, dass wir ihn durch unserer Engagement im politischen Gemeinwesen nicht haben verhindern können und bitten Rumänien und Bulgarien und die Menschen, die in diesen Ländern leben, um Verzeihung. Wir bitten insbesondere die in einem schwierigen Beruf tätigen, hart arbeitenden Migrierten aus diesen Ländern, die in Bremen oder sonst in Deutschland und der Welt der Sexarbeit nachgehen, um für sich und eventuell ihre Angehörigen eine auskömmlichere Existenz zu sichern, um Entschuldigung, dass wir diese pauschale Verunglimpfung und Ehrabschneidung nicht haben verhindern und bis heute nicht ins öffentliche Bewusstsein haben bringen können.

Henny Engels, Geschäftsführerin des Deutschen Frauenrates nahm in diesem inhaltlichen Zusammenhang auf dem Berliner Sexworkerkongress am 24.09.2014 in Berlin Stellung.

*Die bestehenden Rechte für Prostituierte müssen weiter ausgebaut werden. Sie müssen zu verbesserten Arbeitsbedingungen führen, die Selbstbestimmung der Prostituierten fördern und ihre gesellschaftliche Stigmatisierung vermeiden. Wir alle haben dafür Sorge zu tragen, dass die Menschenrechte von Prostituierten gewahrt werden und die Gesellschaft insgesamt und Freier im Besonderen ihnen mit Respekt begegnen. Wir haben damals von Karoline Leppert und Stefanie Klee gelernt, wie schmerzlich für legal und freiwillig arbeitende Prostituierte das Wort Zwangsprostitution ist – wir haben verstanden und verwenden es seither nicht mehr.*

### 3. Was getan werden könnte

Sehr viel ist schon getan.

Die in Deutschland lebenden Menschen islamischen Glaubens oder islamischer Herkunft sind zum weit weit überwiegenden Teil an einem friedlichen Miteinander aller in Deutschland lebenden Menschen interessiert. Sie verurteilen Gewalt und erdulden Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, faschistischen Terror, Versagen und

Blindheit der Behörden auf dem Rechten Auge. Sie sprechen angesichts der Abwertung ihres Glaubens für die Meinungsfreiheit.

Sie sollten unbedingt gehört und respektiert werden, als Menschen, nicht nur als willkommene Arbeitskräfte mit guter Ausbildung. Ihre Religionsausübung sollte staatlich gleichberechtigt zu anderen Religionsausübungen behandelt werden.

Die in Bremen im Bereich der sexuellen und erotischen Dienstleistungen regelmässig und im nennenswerten Stundenumfang tätigen Menschen, derzeit vielleicht 300 Frauen, Männer und Transgender, die so ihren und eventuell den Lebensunterhalt ihrer Angehörigen erwirtschaften, haben ein Recht auf eine Klarstellung, dass sie ihrer Tätigkeit aus eigenem, freien Willen nachgehen, so wie es im Dezember 2013 die damals 68 in Bremen in Wohnungen tätigen Sexarbeiterinnen erklärten. Den Gelegenheitssexarbeitenden, die den ca 300 im Haupterwerb Sexarbeitenden hinzugezählt werden müssen, zu unterstellen, sie seien Opfer organisierter Kriminalität, wäre absurd.

Sexarbeit ist eine Dienstleistung, die mit sexuellem Missbrauch nichts zu tun hat. In ihr kommt sexuelle Ausbeutung nur marginal vor. Eine ganze Branche unter Generalverdacht der Kriminalität zu stellen ohne dafür Nachweise zu haben, haltlose Schätzungen zum Anlass zu nehmen, um falsche Verdächtigungen in die Welt zu setzen, die Öffentlichkeit mit solchen falschen und haltlosen Zahlen zu täuschen und Furcht vor Kriminalität zu schüren, bereitet den Boden für Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, verstärkt Ausgrenzung, entehrt die so verdächtigten Menschen und ihre Heimatländer und ist einer weiterer Teil der Saat, die bei PeGiDa's und HoGeSa's aufgeht.

Sexarbeitende sollten Respekt erhalten. Sie bieten Dienstleistungen an, für die ein großer gesellschaftlicher Bedarf besteht. Sie schaffen Zufriedenheit vielleicht Glück bei denjenigen, die ihre Dienstleistungen - ihre Empathie - in Anspruch nehmen und auf diese mit Sympathie und Respekt antworten. Sie sind die Personifizierung eines lebendigen und zusammenwachsenden Europas. Ihrer Initiative verdanken viele Menschen ein auskömmlicheres und besseres Leben, eine bessere Bildung und eine gesundheitliche Absicherung. Ihre in die Heimatorte transferierten Einnahmen fördern den dortigen wirtschaftlichen Fortschritt. Häuser werden gebaut, kleine Geschäfte werden eröffnet. Entwicklungshilfe und alltägliche Völkerverständigung von unten.

### **Sexarbeit? - Respekt!**

In NRW tagte in den vergangenen Jahren zum Thema Sexarbeit ein Runder Tisch. Ein Forum, das bereits 2005 durch das BMFSFJ als flächendeckende kommunale Einrichtungen empfohlen worden war. Niedersachsen hat dieses Modell aktuell übernommen, und Schleswig Holstein will es wohl. Sexarbeitende und andere Aktive aus der Sexarbeit können so auf Augenhöhe gehört werden. Am 02.10.2014 sprachen wir, zwecks Initiierung eines Runden Tisches Sexarbeit, die ZGF - Zentralstelle zur Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frauen des Landes Bremen - der es insbesondere um den Schutz von Frauen und deren Stärkung in allen Lebensbereichen geht, also Frau Ulrike Hauffe und danach am 09.10.2014 die Senatorin Anja Stahmann, die aus der Fraktion Bündnis90 / Grün stammt, und in deren Ressort politische Initiativen zur Sexarbeit fallen, an. Bis heute sehr geehrter Herr Bürgermeister Böhrnsen, haben wir von der ZGF und der Senatorin Stahmann, deren Bundestagsfraktion die flächendeckende Einrichtung runder Tische Sexarbeit empfiehlt, keine Antwort erhalten und das im weltoffenen Bremen.

Wie sagten Sie noch im Aufruf

*Wir setzen auf ein friedliches Miteinander aller Menschen in unserer Stadt und **bieten deshalb intensiv den Dialog** zwischen allen Kulturen, Religionen und Weltanschauungen an. ... Die Bremerinnen und Bremer kommen aus allen Teilen Deutschlands und der Welt, sie haben **unterschiedliche Interessen, Weltbilder, Träume, Lebensplanungen und Vorstellungen vom Leben, Partnerschaft und Familie***

Sexuelle Dienstleistungen sind keine Religion oder Weltanschauung, aber sie gehören durchaus zur individuellen Lebensplanung. Es handelt sich um individuelle Vorstellung vom Leben und um Entscheidungen, wie dieses geführt werden soll. Ein weltoffenes Bremen sollte die Liberalität nicht, wie Senator Mäurer in Bezug auf die Sexarbeit, für einen Holzweg halten und diesen individuellen Weg nicht als Spießrutenlauf gestalten. SexarbeiterInnen, KundInnen und BetreiberInnen von Sexarbeitsorten, sollten auch in Bremer Verwaltung und Politik wenigstens soweit Respekt erhalten, dass sie auf Augenhöhe Gehör finden und nicht als abgelehnte Bittstellende der Anstandslosigkeit bezichtigt werden, wie dies die Leitung des Runden Tisches

Menschenhandel und Zwangsprostitution, die Bremer Beratungsstelle für die weiblichen Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution (BBMeZ), steuerfinanziert und öffentlich legitimiert, für angemessen hält (Vorgang dokumentiert auf <http://www.sexworker.at/phpBB2/viewtopic.php?p=140910> ).

*Aufgrund von unserer gelebten Erfahrung haben wir die analytische Fähigkeit, zu sagen, welche Veränderungen an unseren Arbeitsbedingungen nötig sind, und wir haben die besten Voraussetzungen um zu sagen, was wir brauchen. Das ist die Rolle von Experten und das ist die Rolle, die wir als Sexarbeiterinnen haben sollten. Wir sind zu oft in der Position von bloßen Zeuginnen, in der unsere Stimmen nur gehört werden, um Zustände und Begebenheiten zu bezeugen, um dann von anderen, nicht-sexarbeitenden Experten instrumentalisiert zu werden, die Entscheidungen über unsere Arbeit und unser Leben für uns treffen. Wir Sexarbeiterinnen müssen ein zentraler Teil der Entscheidungsgremien sein, die über die Politik in Bezug auf Sexarbeit entscheiden. Und dieser Kongress will aktiv dazu beitragen, genau das zu erreichen. (Liad Hussein-Kantorowicz, "Prostitution – Lücken zwischen Realität und öffentlicher Wahrnehmung", Sexarbeits-Kongress, Berlin, 24.10.2014, S. 6)*

Sie haben zugesagt zu Antworten, wenn wir Schreiben, welchen Beitrag wir im Sinne Ihres Aufrufes leisten wollen.

---

### **Unsere Beiträge**

Wir bitten um Vergebung für Rassismus und Verachtung in unserem Land  
Wir plädieren für Dialog und Teilhabe marginalisierter Gruppen  
Wir unterstützen die Initiierung eines Runden Tisches Sexarbeit Bremen

Wir greifen damit Ihre Anregung auf, überall dort einen intensiven Dialog zu führen, wo Menschen, gar Gruppen von Menschen, ausgegrenzt, abgewertet und rassistisch verfolgt werden, und leisten damit einen Beitrag zu einem weltoffenen, vielfältigen, toleranten, respektvollen Bremen, das Teilhabe praktiziert, um Ausgrenzung zu verhindern.

Mit freundlichen Grüßen

**Lara Freudmann**  
**Klaus Fricke**